

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Danksagung | 6 |
| Vorwort | 7 |
| Abbildungsverzeichnis | 9 |
| Verzeichnis der Info-Boxen..... | 10 |
| Tabellenverzeichnis | 10 |
| Einführung | 11 |
| Vision einer selbstbestimmten Demokratie..... | 28 |
| Teil A. Selbstbestimmte Demokratien – Prinzipien..... | 35 |
| 1 Bürger*innen entscheiden, wie sie sich regieren | 41 |
| 2 Kontinuierliche Anpassung und Verbesserung | 62 |
| 3 Politische Entscheidungen und kollektive Willensbildung – untrennbar verknüpft..... | 69 |
| Teil B. Repräsentative Demokratien – mangelnde Selbstbestimmung | 77 |
| 4 Vorlieben und Kompetenzen der Bürger*innen..... | 79 |
| 5 Derzeitige politische Praktiken – unzureichende Selbstbestimmung | 102 |
| 6 Derzeitige innovative Bürgerbeteiligung – keine Blaupausen für Selbstbestimmung | 125 |
| Teil C. Selbstbestimmte Demokratien – Anregungen zur Verwirklichung | 141 |
| 7 Praktiken zur kollektiven Willensbildung und Entscheidungsfindung..... | 146 |
| 8 Verknüpfungen kollektiver Willensbildung und Entscheidungsfindung..... | 170 |
| 9 Innovative Behörden und neue rechtliche Regelungen | 189 |
| Fazit: Selbstbestimmte Demokratien – unsere Zukunft..... | 209 |
| Bibliographie | 215 |

Einführung

Eine Weltkarte ohne Utopia ist keinen Blick wert ...
Fortschritt ist die Verwirklichung einer Utopie

(A map of the world that does not include Utopia
is not worth even glancing at ...
Progress is the realization of Utopia.)

Oscar Wilde

Viele Menschen verstehen unter Demokratie, dass sie wählen und von gewählten Vertreter*innen regiert werden – also repräsentative Demokratie. Allerdings scheint diese Art von Demokratie nicht unbedingt gut zu funktionieren. Publikationen zur aktuellen Krise der repräsentativen Demokratie füllen derzeit Bibliotheken. Dieses Demokratie-Modell bringt Probleme mit sich. Wir erleben einen Höchststand an politischer Unzufriedenheit, wie ein aktueller Bericht zeigt, der über 100 Demokratien umfasst.² Während in den 1990er Jahren etwa zwei Drittel der Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in ihren Ländern zufrieden waren, ist heute die Mehrheit frustriert. Das Vertrauen in Politiker*innen und Parlamente ist dramatisch gesunken. Die Kluft zwischen Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen hat sich erheblich verbreitert. Immer größere Teile der Gesellschaft fühlen sich von ‚der Politik‘ ausgeschlossen. In extremen Fällen, wie kürzlich in den Vereinigten Staaten, greifen die Bürger*innen zu den Waffen und stürmen ihr Parlament. Das Versprechen der Demokratie als ‚Herrschaft des Volkes‘ scheint in einem Bermuda-Dreieck aus korrupten Politiker*innen, dysfunktionalen politischen Institutionen und enttäuschten Bürger*innen verloren gegangen zu sein.³

Wir sind Zeugen einer wachsenden Sehnsucht nach Veränderung. Die Bürger*innen wollen Demokratie. Sie wollen eine Demokratie, die ihre Bedürfnisse, Interessen und Vorlieben in den Mittelpunkt stellt. Sie wollen eine Demokratie, in der sie tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können (siehe Kapitel 4, Abschnitt 4.1). Die Unzufriedenheit mit den derzeitigen Strukturen und die Sehnsucht nach Veränderungen sind die Triebfelder für die Suche nach neuen Ideen.

2 Foa u. a. 2020

3 Tormey 2015; Van Reybrouck 2016; J. Fishkin und Mansbridge 2017

Aber es ist nicht klar, wohin die Reise geht. Wie würden neue Visionen für die Demokratien der Zukunft aussehen? Dieses Buch will *Communitys helfen, Ideen zu entwickeln, wie sie sich selbst regieren können*. Es wirbt nicht für eine bestimmte politische Praktik, ein bestimmtes Verfahren oder Modell. Es versucht nicht, Communitys davon zu überzeugen, Bürgerversammlungen einzurichten, direkte Demokratie einzuführen oder sich für eine Experten-Herrschaft (Expertokratie) zu entscheiden. Es will Bürger*innen ermuntern, über ihre Demokratie nachzudenken. Es bietet Vorschläge an. Es ist eine Art ‚Geburtshilfe‘ für die Entwicklung neuer Visionen.

Visionen sind in der Welt der Politik wohlbekannt. So haben wesentliche politische Veränderungen immer als visionäre Ideen begonnen. Das beste Beispiel ist die Demokratie selbst, die vor 300 Jahren nicht mehr als eine Vision war. Tausende von Menschen träumten davon, in die politische Entscheidungsfindung einbezogen zu werden. Sie stellten sich vor, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Die Vereinigten Staaten entstanden aus diesem Traum, der damals noch nirgendwo verwirklicht worden war. Dennoch waren die Menschen, die den Traum träumten, davon überzeugt, dass die Demokratie eine gute Sache wäre. Und sie kämpften für die Verwirklichung ihrer Vision. So können auch die im Folgenden vorgestellten Visionen für *selbstbestimmte Demokratien* ein Wegweiser für zukünftige Entwicklungen werden.

Das vorliegende Buch ist eine Übersetzung meiner englischen Publikation (*The Future of Self-Governing, Thriving Democracies*). In meinem englischen Buch arbeite ich mit dem Begriff *thriving*. Der Begriff *thriving* hat zwei miteinander verknüpfte Bedeutungen. *Thriving* bedeutet sowohl florierend als auch nach Verbesserung strebend. Nur wenige Autoren haben den Begriff *thriving democracy* verwendet, der berühmteste war wohl der Dichter Walt Whitman (1819-1892). In seinen Gedichten stellt Whitman Demokratien als ein Ideal dar. Aus seiner Sicht ist jede Demokratie eine „democracy to be“, eine ‚Demokratie im Werden‘⁴ – also eine *thriving democracy*. Eine Eins-zu-eins-Übersetzung des Wortes *thriving* ins Deutsche ist leider nicht möglich. Ähnliche Begriffe wie blühend, lebendig oder florierend haben im Deutschen andere Konnotationen und es fehlt der Aspekt des kontinuierlichen Strebens nach Verbesserung. Ich habe mich deshalb entschieden, den Begriff *thriving* in der deutschen Übersetzung nicht zu nutzen, sondern von *selbstbestimmter Demokratie* und synonym von *Selbst-Regieren* zu sprechen.

4 Siehe https://whitmanarchive.org/criticism/current/encyclopedia/entry_429.html, Zugriff im Juni 2021

Von repräsentativen zu selbstbestimmten Demokratien

Im Allgemeinen bedeutet Demokratie die Herrschaft des Volkes. Ein politisches System ist demokratisch, wenn es sich an den Vorlieben, Interessen und Bedürfnissen seiner Bürger*innen orientiert (siehe Box 0.2 zur Definition des Begriffs Bürger*innen). Dies ist das wichtigste Versprechen der Demokratie. Doch wie wird das Versprechen eingelöst? Bis vor kurzem haben viele Bürger*innen und Expert*innen Demokratie auf Wahlen, Parteienwettbewerb und Repräsentation reduziert. Ein politisches System gilt als Demokratie, wenn freie und faire Wahlen abgehalten werden, bei denen mindestens zwei Parteien zur Wahl stehen.⁵

Diese Interpretation beruht auf der Theorie der repräsentativen Demokratie. Die Herrschaft des Volkes sei gewährleistet, wenn Bürger*innen die Wahl zwischen verschiedenen Parteien haben und die Partei mit den meisten Stimmen die Regierungsgeschäfte für die jeweilige Amtsperiode übernimmt. Wenn es verschiedene Parteien gibt, können die Bürger*innen wählen, welche Partei ihren Vorlieben und Interessen am besten entspricht. Die gewählten Parteien bzw. deren Vertreter*innen treffen politische Entscheidungen im Namen der Bürger*innen. Auch wenn die Entscheidungsfindung fest in den Händen der Vertreter*innen liegt, haben die Bürger*innen also die Kontrolle. Dieses Modell scheint in der Theorie logisch überzeugend zu sein.

Doch die derzeitigen repräsentativen Demokratien funktionieren nicht (mehr) nach dieser Logik. Sie sind zunehmend dysfunktional – weil das Modell der repräsentativen Wahl- und Parteiendemokratie veraltet und überholt ist. Dieses Modell wurde im 19. und 20. Jahrhundert entwickelt. Es war angemessen für die damalige Zusammensetzung der Gesellschaften. Gesellschaften waren in soziale Großgruppen entlang klarer Trennlinien geteilt, zum Beispiel Arbeiter*innen versus Unternehmer*innen. Jede Großgruppe teilte gemeinsame, spezifische, klare und eindeutige Interessen in fast allen Bereichen des Lebens, zum Beispiel wollten alle Arbeiter*innen eine angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung. Aus diesen klar abgegrenzten Großgruppen entstanden Parteien, die als Sprachrohr für ihre jeweilige Gruppe tätig waren. Die Partei, die die Arbeiter*innen vertrat, setzte sich beispielsweise für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie für ein arbeiterfreundliches Sozialsystem ein. Die Partei, welche die Unternehmer*innen vertrat, engagierte sich für Eigentums- und Unternehmerrechte sowie für ein schlankes Sozialsystem.⁶

Aber diese Zeiten sind vorbei. Heutige Gesellschaften sind nicht mehr in klar voneinander abgrenzbare Großgruppen entlang eindeutiger Trennlinien geteilt. Sie sind ‚zersplittert‘ und individualisiert. Ein*e Arbeitnehmer*in zu sein bedeu-

5 Geissel, Kneuer, und Lauth 2016; Marshall, Jagers, und Gurr 2012; Vanhanen 2000; Munck 2016

6 Lipset und Rokkan 1990

tet nicht mehr, zu einer Großgruppe mit gemeinsamen Interessen zu gehören.⁷ Einige Arbeitnehmer*innen verdienen gutes Geld, andere haben Mühe, über die Runden zu kommen; einige bevorzugen ein schlankes Wohlfahrtssystem, andere wollen eine großzügige Sozialpolitik; einige wollen mehr Geld, andere mehr Freizeit.

Die Parteien haben quasi ihre Verankerung verloren, da eindeutige, voneinander klar abgrenzbare soziale Großgruppen nicht mehr existieren. Etablierte Parteien verlieren ihre früheren Stammwähler*innen und die Anzahl der Wechselwähler*innen steigt kontinuierlich. Auch die wachsende Zahl neuer Parteien, die sich oft als „Nicht-Parteien“ oder „Bewegungsparteien“⁸ bezeichnen, und deren zunehmende Erfolge verweisen auf das Ende des oben beschriebenen traditionellen Partei-Modells. Neue Parteien (und Partei-Modelle) sind im Vormarsch. Frankreich, Italien oder Peru sind nur einige Beispiele, in denen neue Parteien erfolgreich und sogar an der Regierung sind. Doch trotz der steigenden Anzahl von Parteien fühlen sich viele Bürger*innen von keiner Partei vertreten. Und das Vertrauen in Parteien ist generell sehr niedrig (siehe Kapitel 5).

Obwohl in jüngster Zeit einige Wissenschaftler*innen Hoffnung auf (neue und erneuerte) Parteien und deren Beitrag für besser funktionierende Demokratien setzen⁹, scheint die Existenz von Parteien nicht mehr auszureichen, um die ‚Herrschaft des Volkes‘ zu verwirklichen.¹⁰ Die Krise der Demokratie lässt sich kaum durch eine ‚Sanierung‘ etablierter Parteien oder das Entstehen immer neuer Parteien bewältigen.

Um der Krise zu begegnen, haben viele Länder Reformen und Innovationen eingeführt, welche mehr Beteiligung der Bürger*innen ermöglichen.¹¹ Beispielsweise etablierten viele Regierungen direktdemokratische Instrumente¹² und experimentieren mit deliberativen Praktiken.¹³ In jüngster Zeit sind parti-

7 Auch „identitätsstiftende“ Gruppen, wie beispielsweise die LGBTQ*-Community – Lesben, Schwule, Bisexuelle und die Varianten von Queer- und Trans-Menschen –, teilen nur in einigen Bereichen des Lebens gemeinsame Interessen. Einige sind reich, andere sind arm; einige sind Arbeiter*innen, einige leben von Sozialhilfe, andere besitzen Unternehmen. Es ist unmöglich, alle Interessen aller LGBTQ*-Mitglieder vollständig zu vertreten. So mag es nicht überraschen, dass politische Parteien, die ausschließlich und explizit LGBTQ*-Menschen vertreten, wie Ladlad auf den Philippinen, die Schwulenpartei in Italien oder die australische Equality Party, wenig Erfolg hatten.

8 Einige Autoren behaupten, dass Bewegungsparteien „promise to deliver a new politics supported by digital technology; a kind of politics that ... professes to be more democratic, more open to ordinary people, more immediate and direct, more authentic and transparent“ (Gerbaudo 2018). Der empirische Nachweis für diese Behauptungen steht jedoch noch aus.

9 Biale und Ottonelli 2019; Muirhead und Rosenblum 2020

10 Invernizzi-Accetti und Wolkenstein 2017; Bonotti und Weinstock 2021

11 Geissel und Newton 2012

12 Scarrow 2001

13 J. S. Fishkin 2009; Dryzek u. a. 2019

zipative Reformen und Innovationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die OECD¹⁴ spricht sogar von einer „Welle“ neuer Beteiligungsverfahren.¹⁵

Diese Reformen und Innovationen haben ein gewisses Potenzial. Aber sie reichen wahrscheinlich nicht aus, um Demokratie als Selbst-Regieren zu verwirklichen. Denn bislang schlagen in der Regel Politiker*innen und Experten*innen jene Reformen vor, die sie für zweckmäßig halten – ohne zu fragen, was die Bürger*innen wollen. Mehrere Reformen versuchen zum Beispiel, die Kommunikation zwischen Bürger*innen und Vertreter*innen zu verbessern.¹⁶ Aber die Bürger*innen würden es vielleicht vorziehen, einige Entscheidungen selbst zu treffen, anstatt nur ‚besser‘ mit Politiker*innen zu kommunizieren. Und selbst wenn Politiker*innen Bürgerbeteiligung unterstützen, sind sie selten bereit ihre politische Macht zu teilen. Sie entscheiden, wohin die (Beteiligungs-) Reise geht und wo sie endet. Ein gutes Beispiel ist Brandenburg. Der Landtag hatte den Bürger*innen die Abberufung (Recall) von Bürgermeister*innen mit einem niedrigen Unterschriftenquorum ermöglicht, das Quorum später aber deutlich angehoben.¹⁷ Die Anhebung des Quorums ging von der Politik aus, die Bürger*innen hatten sich nicht darüber beschwert. Reformen werden selten auf der Grundlage der Vorlieben der Bürger*innen ausgewählt, geändert oder abgeschafft. Sie werden ausgewählt, geändert und abgeschafft, wenn Politiker*innen dies wollen. Die Dominanz der repräsentativen Demokratie und das Monopol der Politiker*innen bleiben unangefochten. Selbst-Regieren ist so kaum möglich (siehe Kapitel 6).

Wir brauchen neue Visionen für die Zukunft der Demokratie als Selbst-Regieren

Aber was genau verstehe ich unter dem Begriff *Selbst-Regieren*? Selbst-Regieren beginnt damit, *dass Bürger*innen entscheiden, wie sie sich selbst regieren wollen* (Kapitel 1). Selbst-Regieren ist mehr als die Wahl einer Partei und die Teilnahme an hin und wieder stattfindenden Volksentscheiden und Bürgerversammlungen. Das Herzstück des Selbst-Regierens besteht darin, dass die Bürger*innen über die Werte sowie die Strukturen der Demokratie, in der sie leben, bestimmen. Sie einigen sich darauf, wie sie zu kollektiv verbindlichen und akzeptierten Entscheidungen kommen. Im Kern *bedeutet Selbst-Regieren, dass die Bürger*innen die Schöpfer*innen, Autor*innen und Eigentümer*innen ihrer Demokratie sind.*

14 OECD 2020a

15 Siehe auch <https://participedia.net/>; <https://oidp.ne>.

16 Neblo, Esterling, und Lazer 2018; Bedock 2017

17 Geissel und Jung 2018

Im Gegensatz zu Begriffen wie Selbstverwaltung betont *Selbst-Regieren den aktiven, dynamischen Charakter*. Beim Selbst-Regieren geht es nicht darum, ein statisches Institutionengefüge einzusetzen. Die Bürger*innen *bestimmen, wie ihre Demokratie gestaltet ist*, und sehen ihre Demokratie *als kontinuierliche, gemeinsame Aufgabe*.

Dieses Demokratie-Verständnis impliziert, dass es *keine one-size-fits-all* Strukturen gibt, die für alle Communitys passen.¹⁸ In meiner 30-jährigen Laufbahn bin ich rund um den Globus gereist und konnte sehen, dass Menschen unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie sie regiert werden bzw. sich selbst regieren wollen. Nur ein paar Beispiele: Ich habe in verschiedenen Teilen Deutschlands (Ost und West) gelebt, ich habe in den USA und in Finnland gearbeitet, ich habe in Vietnam unterrichtet, und ich habe viele Monate in zahlreichen Teilen der Welt verbracht. Dabei habe ich festgestellt, dass die Menschen verschiedene Ideen entwickelt haben, was Demokratie für sie bedeutet. Die meisten Finn*innen zum Beispiel scheinen sich in einer repräsentativen Demokratie wohlzufühlen. Im Gegensatz dazu sind die Bürger*innen in vielen US-Bundesstaaten eher unzufrieden damit, wie sie regiert werden. Sie wünschen sich mehr direkte Mitsprache. Und jene Vietnames*innen, die eine Demokratie anstreben, haben manchmal noch ganze andere Vorstellungen von Demokratie.

Meine Erfahrungen gehen Hand in Hand mit den aktuellen akademischen Debatten, dass Demokratie für verschiedene Menschen und Communitys Unterschiedliches bedeutet.¹⁹ Zunehmend wird berücksichtigt, dass die Vorstellung von Demokratie auch kontextabhängig ist.²⁰ Dementsprechend verabschieden sich Demokratie-Studien von einem einheitlichen Demokratieverständnis. Dies gilt auch für Studien, welche die Qualität von Demokratie messen. Demokratie-Qualitäts-Messungen haben sich bis vor einigen Jahren auf die Bewertung von Aspekten im Kontext von Wahlen und Repräsentation beschränkt, zum Beispiel die Polity-Indizes. Mittlerweile hat sich das Spektrum erweitert. So bewertet beispielsweise das 2014 gegründete *Varieties of Democracy Project* die Qualität von Demokratien mit Bezug auf unterschiedliche Demokratiemodelle, konkret elektorale (Wahl-), liberale, partizipative, deliberative und direktdemokratische Modelle.²¹ Darüber hinaus zeigen aktuelle Studien, dass Demokratien unterschiedliche partizipative Wege gehen, einige führen Volksentscheide ein, andere setzen eher auf Bürgerräte und ähnliche deliberative Praktiken.²² Demokratien entwickeln sich nicht auf einheitliche Weise.

18 Saward 2021

19 Collier und Levitsky 1997; Osterberg-Kaufmann 2016

20 Abromeit 2004; Doorenspleet 2015

21 Coppedge u. a. 2020

22 Geissel und Michels 2018; 2017

Zu lange haben Wissenschaftler*innen Demokratie als ein Institutionengefüge betrachtet, das aus Wahlen und Parteienwettbewerb besteht. Es ist wichtig zu verstehen, dass Demokratien unterschiedlich ausgestaltet sein können. Denn wenn Bürger*innen selbst entscheiden, wie sie sich regieren wollen, werden unterschiedliche Communitys vermutlich unterschiedliche Strukturen beschließen.

*Zusammenfassend will dieses Buch Bürger*innen und Communitys helfen, die für sie beste Art des Selbst-Regierens zu finden. Das ist das Hauptargument, das wiederkehrende Thema, der rote Faden, der sich durch das Buch zieht.*

Forschungsstand – was fehlt

Natürlich bin ich nicht die erste und einzige Wissenschaftlerin, die über die Zukunft der Demokratie nachdenkt. Es gibt eine lange Tradition des Nachdenkens über alternative Visionen, angefangen bei Aristoteles und klassischen Werken wie Patemans²³ *Participation and Democratic Theory* oder Barbers²⁴ *Strong Democracy*. Derzeit schießen die Veröffentlichungen zu diesem Thema wie Pilze aus dem Boden, was angesichts der aktuellen Krise der repräsentativen Demokratien nicht verwunderlich ist. Die Frage, wie Demokratien neu gestaltet werden können, liegt in der Luft. Die bisherige Literatur weist jedoch erhebliche Lücken auf. Das vorliegende Buch ist ein Versuch, die Lücken zu schließen.

Ein Manko der meisten Veröffentlichungen ist die Konzentration auf bestimmte Modelle oder Praktiken (siehe Box 5.1), wie ich weiter unten ausführlicher erläutere. In den meisten Werken geht es vor allem darum, die von den jeweiligen Autor*innen favorisierten Modelle und Praktiken zu ‚bewerben‘. Sie berücksichtigen nicht, dass Communitys unterschiedliche Vorlieben, Bedürfnisse und Ressourcen haben – und dass sie sich dementsprechend für unterschiedliche Optionen des Selbst-Regierens entscheiden würden. Manche Communitys sind beispielsweise mit einem rein repräsentativen System zufrieden, andere wünschen sich mehr Volksentscheide oder mehr Bürgerräte.

Im Folgenden diskutiere ich den Stand der Forschung und identifiziere dessen Grenzen. Hierzu sortiere ich die Literatur in drei Stränge: (1) Darstellung von großen (*grand*) Modellen, (2) Beschreibung einzelner Praktiken, (3) vergleichende Studien zu unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung.

- 1) Einige Demokratiewissenschaftler*innen entwickelten inspirierende *grand* Modelle zur Zukunft der Demokratie. So plädiert Christina Lafont²⁵ für eine „democracy without shortcuts“ mit einer „long, participatory road“. Helen

23 Pateman 1970

24 Barber 1984

25 Lafont 2020

Landemore²⁶ favorisiert eine „open democracy“ mit einer Regierung durch „mass leadership“ – mittels „representing and being represented in turn“. Sie stellt sich die Demokratie als „lottocratic“ Form des Regierens vor, bei der die Zufallswahl eine zentrale Rolle spielt. Jane Mansbridge et al.²⁷ empfehlen „deliberative systems“ mit „nodes“ und „multiple forms of communication“. Einige Wissenschaftler*innen setzen sich für ein direktdemokratisches Modell ein.²⁸ Andere bewerben ein agonistisches Modell mit Optionen für ständige politische Auseinandersetzungen.²⁹ Befürworter des repräsentativen, parteiorientierten Modells wollen Wahlen, Parteien und Repräsentation verbessern. Tormey³⁰ hingegen plädiert dafür, „impetus, resonances, clamour and turbulence“ zu schaffen, „to act in ‘swarm’ or ‘crowd’ mobilizations“ und „to diffuse power“ in „democracy after representation“. Michael Sawards³¹ aktuelles Buch zum „Democratic Design“ propagiert einen „unique view of democracy through the lens of design thinking“ und einen „Democratic design framework“ mit „second-order modelling“.

Diese *grand* Modelle sind wichtig und lehrreich, um unseren Horizont zu erweitern. Sie sind entscheidende Schritte auf dem Weg zum Selbst-Regieren. Aber diese Veröffentlichungen sind eher darauf bedacht, ein Modell von Demokratie zu propagieren, auf das alle Communitys zusteuern sollten.

Aber einige Communitys wollen vielleicht kein „deliberative system“, keine „lottocratic“ Regierung oder „noise and turbulence“. Sie wollen weder von deliberativen Bürgerräten noch von zufällig ausgewählten Vertreter*innen regiert werden. Für einige Communitys mag „lottocratic“ Regieren gut funktionieren, andere sind vielleicht mit der direkten Demokratie viel zufriedener. Die Autor*innen bewerben jedoch ihre jeweiliges Modell. Sie *ermutigen und inspirieren Communitys nicht unbedingt, Optionen zu entwickeln, die am besten zu ihnen passen*.

Das zweite Manko dieser Publikationen ist, dass diese *grand* Modelle häufig eher abstrakt und vage bleiben. Sie liefern selten konkrete, praktische Vorschläge, wie zum Beispiel „deliberative systems“, „nodes“, „participatory roads“ und „turbulence“ in der realen Welt der Politik aussehen könnten. Einer Community könnte zum Beispiel das agonistische Modell gefallen, aber sie braucht Ideen, wie das Modell umgesetzt werden kann. Eine andere Community mag das Modell der „open democracy“ faszinierend finden, braucht aber konkretere Vorschläge, wie sie ihre politischen Angelegenheiten ent-

26 Landemore 2020

27 Mansbridge u. a. 2012

28 Zum Beispiel Altman 2011; Lupia und Matsusaka 2004

29 Mouffe 1999; Chambers 2012

30 Tormey 2015, 132–46

31 Saward 2021

sprechend regeln kann. Mit wenigen Ausnahmen sagen die *grand* Modelle wenig darüber aus, wie sie umgesetzt werden können (s. Abbildung 7.1). Saward zum Beispiel listet über hundert Praktiken auf, aber es bleibt unklar, wie sie kombiniert werden können, um kollektive Entscheidungen zu treffen. Landemore verweist auf den isländischen partizipativen Prozess der Verfassungsgebung als Blaupause und Mouffe auf agonistische Praktiken. Aber diese Vorschläge decken nur Teile des politischen Lebens ab und sagen wenig über das politische Alltagsgeschäft aus. Alles in allem sind die *grand* Modelle sehr inspirierend, aber sie liefern wenige Vorschläge, wie sie in die Praxis umgesetzt werden können.

- 2) Ein zweiter Strang der Literatur setzt seine Hoffnungen auf einzelne Praktiken (siehe Box 5.1) als potenzielle Retter heutiger Demokratien. Wissenschaftler*innen werben für unterschiedliche Praktiken wie beispielsweise soziale Bewegungen und Protestgruppen³², Deliberation (Diskussion, Beratung) und deliberative Praktiken³³, Volksbegehren und -entscheide³⁴, Bürgerhaushalte³⁵ oder *Liquid Democracy*³⁶. Autor*innen wie van Reybrouck³⁷ und Hennig³⁸ stellen sich eine Demokratie ohne Parteien und gewählte Politiker*innen vor; Wahlen werden durch Zufallsauswahl ersetzt. Es regieren Parlamente mit zufällig ausgewählten Personen oder Formen einer „multi-body-sortition“. Auch Gastil und Wright³⁹ beschreiben enthusiastisch, wie die Gesetzgebung per Losverfahren aussehen könnte. Taylor, Nanz, und Beaubien-Taylor⁴⁰ schlagen vor, „(to) reconstruct democracy from the ground up“ und konzentrieren sich auf ein „rebuilding“ lokaler Communitys. Andere Wissenschaftler*innen plädieren dagegen für Epistokratie (Herrschaft der Wissenden), Technokratie oder Expertokratie (Herrschaft der Expert*innen); sie setzen ihre Hoffnungen also auf Expert*innen und kenntnisreiche Personen.⁴¹ Hendriks, Ercan und Boswell⁴² propagieren in ihrem Buch „Mending Democracy“ alltägliche Aktivitäten und Proteste als gute Praktiken für die Zukunft der Demokratie, wie zum Beispiel den spielerischen Protest der „Knitting Nannas Against Gas.“⁴³

32 Tormey 2015; Della Porta und Diani 1999; Della Porta 2013

33 Curato u. a. 2021; Mansbridge u. a. 2012; Bächtiger u. a. 2018

34 Altman 2015; 2019; Lupia und Matsusaka 2004; Qvortrup 2013

35 Baiocchi und Ganuza 2014; Sintomer, Röcke, und Herzberg 2016

36 Valsangiacomo 2021

37 Van Reybrouck 2016

38 Hennig 2017

39 Gastil und Wright 2019

40 Taylor, Nanz, und Beaubien-Taylor 2020

41 Brennan 2016; siehe zur Debatte auch Caramani 2017

42 C. M. Hendriks, Ercan, und Boswell 2020

43 <https://knitting-nannas.com>, Zugriff im März 2022

Diese Arbeiten sind anregend und inspirierend. Wie die Literatur zu *grand* Modellen sind sie aber weniger darauf bedacht, Communitys dabei zu helfen, die für sie ideale Form des Selbst-Regierens zu entwickeln. Sie übersehen, dass Communitys unterschiedliche Vorlieben, Bedürfnisse und Ressourcen haben können.

Das zweite Manko dieser Literatur besteht darin, wie Jäske und Setälä⁴⁴ zu Recht kritisieren, dass sie sich auf „the merits and preconditions of one particular institutional device“ konzentrieren. Deliberative Bürgerversammlungen, „multi-body sortition“ oder soziale Bewegungen – um nur einige der empfohlenen Praktiken zu nennen – sind nützliche Module. Aber große und komplexe Gesellschaften lassen sich kaum durch Bürgerräte, Volksentscheide, spielerischen Protest, Liquid Democracy oder Bürgerhaushalte regieren. Es sind komplexere Vorschläge erforderlich, die verschiedene Praktiken kombinieren, um die Bürger*innen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu regieren (siehe Kapitel 8).

- 3) Derzeit gibt es eine wachsende Zahl von Studien, die die Auswirkungen verschiedener neuer Formen der Bürgerbeteiligung untersuchen.⁴⁵ Diese Studien vergleichen beispielsweise die Vor- und Nachteile deliberativer Praktiken mit denen der direkten Demokratie⁴⁶ oder sie untersuchen, wie spezifische Verfahren, zum Beispiel Bürgerhaushalte, in verschiedenen Communitys funktionieren.⁴⁷ Sie ermitteln auch, warum einige Beteiligungsverfahren erfolgreich sind und andere scheitern.⁴⁸

Diese Studien sind informativ für die Entwicklung von Vorschlägen für selbstbestimmte Demokratien (siehe Teil B und Teil C). Sie weisen jedoch auch Mängel auf. Sie konzentrieren sich auf die Perspektive von Wissenschaftler*innen. Sie bewerten Praktiken anhand von Kriterien, die von Wissenschaftler*innen entwickelt wurden, zum Beispiel deliberative Qualität oder „transferability“.⁴⁹ Für Communitys können aber andere Kriterien entscheidend sein. Eine Community möchte sich vielleicht auf Gleichheit konzentrieren, da sie mit sozialer und ökonomischer Polarisierung zu kämpfen hat. Eine andere Community braucht schnelle, effektive Problemlösung. Bislang wissen wir nur sehr wenig über die Kriterien, die Bürger*innen und Communitys an Beteiligungsverfahren anlegen würden. *Wir wissen nicht, welche demokratischen Werte sie in ihren Demokratien verfolgen und nach welchen Kriterien sie Praktiken und Verfahren auswählen und bewerten würden.*

44 Jäske und Setälä 2019, 2

45 Geissel und Newton 2012; Elstub und Escobar 2019; Bedock 2017

46 Geissel und Joas 2013

47 Ryan 2021; Sintomer, Röcke, und Herzberg 2016

48 Ryan 2021; Spada und Ryan 2017

49 Zum Beispiel G. Smith 2009